

**Zeitschrift:** Schweizer Schule  
**Herausgeber:** Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz  
**Band:** 64 (1977)  
**Heft:** 14-15: Kleinere Schulklassen : Rückblick auf einen Abstimmungskampf

**Artikel:** Die Gruppengrösse von 20 bis 25 ist nicht willkürlich gewählt?  
**Autor:** Müller, Hanspeter  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-531783>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 15.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

dings zu kategorisch – geforderten Idealzustand heute schon recht nahe gekommen sind. Kanton und Gemeinden haben damit bewiesen, dass sie eine fortschrittliche Schulpolitik betreiben. In jenen Gemeinden, deren durchschnittliche Klassenfrequenzen noch stark von den Durchschnittszahlen des Kantons abweichen, ist in der heutigen Situation ein subtiles Vorgehen unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten richtig. Die vor allem in Unterägeri noch bestehenden hohen Klassenfrequenzen müssen schrittweise abgebaut werden, ohne dass dadurch eine hohe finanzielle Belastung für die betroffene Gemeinde entsteht. Die in der Initiative verlangte Übergangsfrist von fünf Jahren erlaubt ein derartiges Vorgehen nicht mehr. Auch das in den einzelnen Artikeln der Initiative aufgestellte Verbot zur Auflösung von Schulklassen, solange diese einen Bestand von  $\frac{2}{3}$  des gesetzlichen Maximalbestandes nicht unterschreiten, ist zu starr und trägt den konkreten Verhältnissen in keiner Weise Rechnung.

Schlussendlich verleitet die Initiative zur Annahme, dass der Schulfortschritt einzig und allein im Lichte der Klassengrösse gesehen werden dürfe. Zweifellos ist die Klassengrösse eine wichtige Voraussetzung der individuellen Förderung des einzelnen Kindes. Ebenso wichtig ist aber, dass die Klassen von methodisch und didaktisch gut ausgebildeten Lehrern geführt werden, die auf Grund ihrer Begabung und einer sorgfältigen Ausbildung in der Lage sind, ihrer grossen Aufgabe gerecht zu werden. In diesem Blickwinkel muss auch die in Gang gesetzte Revision des kantonalen Schulgesetzes gesehen werden, welche neben der angestrebten Senkung der Klassenbestände weitere

wesentliche Verbesserungen im zugerischen Volksschulwesen bringen soll. Darüber hinaus gilt es ferner zu bedenken, dass auch andere Schulstufen (Berufsschulen, Mittelschulen) ihre Ziele auf die grösseren Anforderungen der Umwelt auszurichten haben. Es liesse sich daher nicht verantworten, wenn nach den Vorstellungen der Initianten einseitig eine allgemeine Verkleinerung der Klassengrössen in den Volksschulen durch eine Teilrevision des Schulgesetzes durchgesetzt würde, ohne dass gleichzeitig andere ebenso berechnete Forderungen dieser und anderer Schulstufen erfüllt werden könnten.

#### **ANTRAG**

Nach einlässlicher Diskussion kam die Kommission zum Schluss, dass die Initiative unnötig und in ihren Formulierungen zuwenig flexibel ist. Einstimmig wurde beschlossen, auf die Ausarbeitung eines Gegenvorschlages zu verzichten. In der Schlussabstimmung zum Volksbegehren, während 9 Stimmen auf die Ablehnung desselben entfielen. Wir stellen daher folgende Anträge:

1. Es wird festgestellt, dass das Initiativbegehren rechtmässig ist.
2. Auf einen Gegenvorschlag wird im Hinblick auf die bevorstehende Revision des kantonalen Schulgesetzes verzichtet.
3. Das Initiativbegehren wird dem Volk mit dem Antrag auf Ablehnung zur Abstimmung unterbreitet.

Zug, 5. März 1977

Mit vorzüglicher Hochachtung  
NAMENS DER SPEZIALKOMMISSION  
Der Präsident: Urs B. Wyss

## **Die gruppengrösse von 20 bis 25 ist nicht willkürlich gewählt!\***

Hanspeter Müller

Seit mehr als 20 Jahren bemühe ich mich, in Seminaren, Vorlesungen und Vorträgen das Bild möglichst humaner Verhältnisse in unseren Schulen zu malen, in der Hoffnung, es wirke als Aufforderung zur Tat. Der Humanisierung dienen auch die kleineren

Klassen. Ich würde unglaublich, wollte ich zu diesem Postulat nicht eindeutig ja sagen.

Wir wissen: eine Gemeinschaft ist umso stärker, je mehr Mitglieder miteinander direkte Beziehungen unterhalten. Werden 25

schüler durch die verwaltung zu einer klasse zusammengewürfelt, dann müssen 300 beziehungen angebahnt werden, bis auch nur einmal ein jeder mit jedem kontakt gefunden hat. 34 schüler benötigen bereits 561 und 40 schüler sogar 780 impulse, um eine einzige beziehung zwischen allen mitgliedern herzustellen. Je mehr kontakte aber von allen möglichen *nicht* funktionieren, desto weniger gemeinschaftsgeist lässt sich entwickeln; der einzelne fällt in isolation, die gesamtheit zeigt anzeichen von vermassung. Wenn uns also ernst ist mit dem bestreben, aus schulklassen lerngemeinschaften heranzubilden, müssen wir danach trachten, dass die klassen den bestand von 25 nicht übersteigen.

Die zahl von 25 gruppenmitgliedern ist nicht willkürlich gewählt, wenn sie auch mehr der erfahrung als wissenschaftlich abgesicherter forschung entspringt. Immerhin sind sich ernsthafte wissenschaftler bei der empfehlung von *20 bis 25 teilnehmern* einig (Lewin, Moreno, Mayo, Homans, C. Weiss). W. Tritsch vertritt zum beispiel die höchstzahl 20: «Die menschliche stimme . . . , die soziale kapazität des einzelnen sind so geartet, dass sie in gruppen und riegen zu je 20 am freiesten sich entfalten, am besten einander helfen oder überwachen, am erfolgreichsten zusammenarbeiten können. – Viele jahrtausende lebte der mensch in horden. In dieser verbandsform erwarb er sich seine soziale erbausstattung – die grundkonstanten seines sozialen verhaltens. Die urgeschichtsforschung schätzt die grösse der urhorde auf 20 mitglieder.»

Die besten schulischen leistungen erreichten auch Ernst Meyer, Horst Mastmann, Georg Dietrich, Hartmut von Henting mit klassengrössen von 20 schülern, der kanton Tessin plant in seine reform klassen mit 25 schülern ein, die baselstädtische arbeitsgruppe für die totalrevision des schulgesetzes (1973) ebenfalls 25. Warum leistet sich wohl das militär ausbildungsgruppen von 8 rekruten für lernprozesse, welche nicht die differenziertheit von rechen- und französischunterricht bzw. des erlernens menschenwürdiger verhaltensweisen verlangen? Wenn heute die verallgemeinerung herumgeboten wird, untersuchungen hätten ergeben, dass zwischen grossen und kleinen klassen kein leistungsunterschied fest-

zustellen sei, ist dies schlicht unwahr, solange nicht gesagt wird, ob «gross» z. b. 50, «klein» 40 bedeutet; und wenn nicht gesagt wird, was und wie die leistung gemessen und welche vorbereitung dafür eingesetzt war. Geht es darum, den inhalt eines films aufzunehmen und der spur nach nachzuzählen oder aus vier vorgelegten antworten die richtige anzukreuzen, besteht kein unterschied zwischen grossen und kleinen klassen: es können den film millionen gleichzeitig ansehen. Aber selbst verantwortetes können, wissen und verhalten bei einem jeden einzelnen menschen aufzubauen, setzt eine differenzierbare schar von 20 bis 25 schülern voraus.

Die erfahrungen von 21 jahren zeigen mir: In klassen von 20 bis 25 schülern

- sprechen lehrer menschlicher, sie brauchen nicht zu brüllen. Wer brüllt, denkt nicht;
- kommen alle schüler häufiger an die reihe;
- ist das klima humaner;
- wagen es lehrer eher, kleingruppen zu bilden und so die wesentlichen erkenntnisse der gruppendynamik für individuellen, fördernden unterricht auszunützen.

Natürlich ist die reduktion der schülerzahlen ein politikum, aber auf folgende weise: Bekennen wir uns zur demokratie? Dann müssen wir auch die lebendigen grundlagen dafür in wirklichkeit schaffen, dass junge menschen demokratisches verhalten besser erlernen als bisher. Das ist nur in klassen möglich, die nicht auf vermassung drängen; denn demokratie beginnt mit dem einüben demokratischen umgangs. Schüler *können* lernen, ihre antipathien und zwistigkeiten als konflikte zu erkennen und zu lösen, also *sollen* sie dies auch lernen im interesse der solidarität.

*Solidarischer umgang, verständnis für die lösung von konflikten und der mut, zusammen mit seinen mitmenschen eine sinnvolle gemeinschaft zu bilden: das sind die fundamente der demokratie.*

Man erwirbt sie nur in erlebbaren, überschaubaren menschengruppen.

In den «Richtlinien freisinniger politik» lese ich (seite 14): «An den investitionen für erziehung und bildung erkennt man, wer die forderung ernst nimmt, die schul- und gesellschaftsverdrossenheit vieler und gerade

differenziert denkender jugendlicher zu überwinden im Sinne der Hinführung zu Selbständigkeit und Mitverantwortung.» Ich schliesse mit der Paraphrase eines Bibelwortes: «Was nützt es uns und unseren be-

harrenden Parteien, wenn wir Hunderttausende von Franken sparen und darüber die junge Generation verlieren, welche unsere Zukunft lebenswert macht oder nicht?!» Ist nicht *dies* das entscheidende Politikum?

## Gegen einseitige Schulpolitik

Ulrich Bollmann

Bei der Lancierung der Initiative «Kleinere Schulklassen» standen nachweisbar weniger die Interessen der Schüler, sondern vielmehr gewerkschaftliche Überlegungen der Lehrer im Vordergrund. Das geht schon daraus hervor, dass VPOD und SP praktisch gleichlautende Vorstösse in mehreren Kantonen starteten, obwohl in diesen die Verhältnisse bezüglich Klassengrössen höchst unterschiedlich sind. Entscheidend war dabei nämlich nicht ein pädagogisches Anliegen, sondern die an sich durchaus berechtigte Sorge der Lehrerverbände, wie dem sich abzeichnenden Lehrerüberfluss beigegeben werden könnte. Die Betonung dieses gewerkschaftlichen Aspektes möchte ich keineswegs als Diskreditierung verstanden wissen. Es ist das gute Recht jeder Arbeitnehmerorganisation, für ihre Mitglieder das Beste herauszuholen.

### Innerhalb der Bandbreite

Was mir persönlich jedoch eindeutig missfällt, ist die Tatsache, dass man versucht, der Öffentlichkeit vorzugaukeln, es handle sich bei der in Aussicht genommenen Verkleinerung der Klassengrössen entgegen dem genannten «internen» Hauptmotiv primär um ein höchst aktuelles bildungspolitisches Problem, das im Interesse der Kinder uneingeschränkte Zustimmung erheische. Gemessen an den effektiven zugerischen Verhältnissen ist nämlich diese Behauptung in aller Form zurückzuweisen. Die tatsächlichen Klassengrössen bewegen sich in unserem Kanton – die vielzitierte Ausnahme bestätigt nur die Regel – durchwegs innerhalb der Bandbreite, die international als eine der Voraussetzungen für einen vernünftigen Schulbetrieb betrachtet wird. Damit sei gleichzeitig ausgedrückt, dass die Klas-

sengrösse nicht der einzige Faktor und schon gar nicht der alleinentscheidende Garant für einen optimalen Schulerfolg darstellt: gute Lehrpläne, zweckmässige Schulhäuser und vor allem gutausgebildete Lehrer und geordnete Familienverhältnisse bestimmen die Qualität in weit stärkerem Masse mit, als dies die Initianten weismachen.

Eine überdimensionierte Betonung des Faktors «Klassengrösse» führt deshalb zwangsläufig zu einer einseitigen Schulpolitik, die nicht im Interesse der Kinder liegt.

Nun entgegnen die Initianten, sie wollten selbstverständlich diese anderen Bestrebungen und Aspekte nicht torpedieren. Im Rahmen einer Initiative sei es jedoch nicht möglich, alle Probleme anzuschneiden. Dazu wären zwei Dinge zu sagen. Einmal steht im Kanton Zug eine Revision des Schulgesetzes an, so dass politisch durchaus die Möglichkeit besteht, eine ganzheitliche Erneuerung des Schulwesens zu diskutieren. Wenn die Initianten auf den an sich möglichen Rückzug des Volksbegehrens verzichteten, so eben, weil sie sonst das pseudo-pädagogische Deckmäntelchen ihres Gewerkschaftsanliegens hätten ablegen müssen. Die Reduktion der Klassengrössen wäre dann in Konkurrenz zu anderen Forderungen (Revision des Sonder- und Hilfsschulwesens beispielsweise) getreten, und man hätte genau gesehen, welcher verhältnismässig geringer Stellenwert ihr im Lichte der zugerischen Schulverhältnisse zuzumessen ist. Zum Andern ist eines klar: Wenn die Initiative angenommen würde, hätten andere wichtige Schulanliegen ganz einfach deshalb zurückzutreten, weil man auch beim Staate nicht alles machen kann, ohne die Folgen zu bedenken. Ich glaube, auf dem Hintergrund der gleichzeitig diskutierten Fi-